

## Die politische Kunst des Argumentierens oder die Krise der Europäischen Union

„Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“<sup>1</sup> Will derjenige, der „Europa“ sagt, auch nur betrügen?

Um die Antwort, die hier durchbuchstabiert werden soll, vorwegzunehmen: Macht und Legitimität der europapolitischen Sprachspiele haben schwer gelitten, aber ein gänzlicher Rückfall ins nationalistische und machtpolitische Europa des 19. Jahrhunderts, aus dem das Bismarckzeit stammt, ist weder erfolgt noch droht er. Das Momentum des Zusammenspiels von Vertiefung und Erweiterung, das den europäischen Integrationsprozess vorantreibt, blieb trotz aller Friktionen intakt. Mit dem Vertrag von Lissabon (2007/2009)<sup>2</sup> überwand die europäische Praxis das Scheitern des Verfassungsvertrags und sicherte die Nachhaltigkeit ihres Argumentationszusammenhangs für eine erweiterte Union, inklusive eines wiedervereinigten Deutschlands. Das ist nicht wenig.

Im Taumel der globalen Finanzkrise gerieten diese Erfolge seit 2008 unter erheblichen Druck.<sup>3</sup> Die prekäre Lage im Innern der Union erscheint jedoch rosig gegenüber der Unfähigkeit Europas, Außenpolitik zu betreiben. Der Arabische Frühling 2011 hätte die europäische Nachbarschaftspolitik beflügeln können, doch er endete im Bürgerkrieg, der Nordafrika und den Nahen Osten destabilisierte und die sanfte Macht europäischer Normen kollabieren ließ.<sup>4</sup> Europa blieb Zaungast, agierte gespalten und bekam nicht

- 
- 1 Diktat Bismarcks, 9.II.1876, in: Otto von Bismarck, *Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe*, Abt. III, Bd. 2, bearb. von Rainer Bendick (Paderborn: Schönigh, 2005): 645.
  - 2 Olaf Leiß (Hrsg.), *Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon* (Wiesbaden: VS, 2010).
  - 3 Adam Tooze, *Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt veränderten* (München: Siedler: 2018).
  - 4 Andrea Teti, Pamela Abbott, Valeria Talbot, Paolo Maggolini, *Democratisation against Democracy: How EU Foreign Policy Fails the Middle East* (Cham: Palgrave Macmillan 2020).

einmal eine gemeinsame Antwort auf die Flucht- und Migrationsbewegungen am Mittelmeer zustande.<sup>5</sup>

Die größte Herausforderung erwuchs jedoch im Nordosten durch Moskau. Der kurze Krieg gegen Georgien 2008 konnte noch als Reaktion auf das unüberlegte Vorgehen der georgischen Regierung gegen den russischgestützten Separatismus gewertet werden. Seit dem hybriden Krieg gegen die Ukraine von 2014 als Reaktion auf den Kiewer Volksaufstand für die Orientierung nach Europa hätte die europäische Praxis aber wissen müssen, „wo der Feind steht“. Angeführt von Deutschland und Frankreich bevorzugte Europa die Beschwichtigung.<sup>6</sup>

Weder auf den Arabischen Frühling und sein Abgleiten in Bürgerkriege, noch den russischen Revanchismus und seine Aggression<sup>7</sup> oder die Ambivalenz des Aufstiegs Chinas als globale Macht<sup>8</sup> fand die Europäische Union eine überzeugende Antwort. Nach dem gelungenen Kraftakt von Lissabon war der europäische Argumentationszusammenhang nicht bereit für neue Aufgaben jenseits davon. Die Eurokrise<sup>9</sup> und die Schwierigkeiten der europäischen Nachbarschaftspolitik<sup>10</sup> zeigten die Grenzen der Nachhaltigkeit europäischer Macht und gefährdeten die Legitimität des europäischen Integrationsprojekts. Der Austritt Großbritanniens war die gravierende Folge.<sup>11</sup> Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und der erfolgreiche Widerstand der Ukraine veränderten die politische Landschaft Europas mit Folgen, die sich im Sommer 2023 kaum absehen lassen.

Unter steigendem Druck von außen, bedarf es auch der Schau nach innen. Nur so können Stärken erkannt und Fehlentwicklungen behoben werden. Darum soll es in diesem Band gehen.

- 
- 5 Domenica Dreyer-Plum, *Die Grenz- und Asylpolitik der Europäischen Union* (München: UVK, 2020).
  - 6 Karl Schlögel, *Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen* (München: Hanser, 2022).
  - 7 Michael Thumann, *Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat* (München: C.H. Beck, 2023).
  - 8 Stefan Schmalz, *Machtverschiebungen im Weltsystem: Der Aufstieg Chinas und die große Krise* (Frankfurt/New York: Campus 2018).
  - 9 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* (Berlin: Suhrkamp, 2013); Jeroen Dijsselbloem, *Die Eurokrise. Erfahrungsbericht eines Insiders* (Wiesbaden: Springer 2019).
  - 10 Tobias Schumacher, Andreas Marchetti, Thomas Demmelhuber (Hrg.), *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy* (London/New York: Routledge, 2020).
  - 11 Für eine Interpretation aus Sicht der EU: Stefaan De Rynk, *Inside the Deal. How the EU Got Brexit Done* (Newcastle upon Tyne: Agenda, 2023).

Macht und Legitimität der politischen Sprache des europäischen Integrationsprozesses hängen an vorzeigbaren Erfolgen. Die Angewiesenheit auf nachhaltige Ergebnisse für die Legitimität der europäischen Praxis erschien gerade unter dem Eindruck negativer Volksabstimmungen, vom Verfassungsvertrag bis zum Brexit, als prekär. Im Sprachgebrauch von Fritz Scharpf sollte die mangelnde Output-Legitimität durch die partizipative Input-Legitimität der Europäer ausgeglichen werden.<sup>12</sup> Wenn sich schon kein „Europe of Results“<sup>13</sup> einstellte, sollten die Bürger diesen Misserfolg wenigsten sich selbst zuschreiben.

Das Ende der Erosion und das Wiedererstarken des europäischen Integrationsprozesses dürfte jedoch weniger in der als Demokratisierung ausgegebenen polarisierenden Politisierung,<sup>14</sup> sondern eher in der Rückbesinnung auf konsensuale Grundmuster des europäischen Regierens zu finden sein. Die Semantik des europäischen Argumentierens lebt von den über Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten, gewachsenen Argumenten des integrierten Regierens, des Wohlstands, des Friedens und des europäischen Selbstbezugs, nicht von der radikalen Beschleunigung geschichtsloser Transformation.<sup>15</sup>

Regieren lässt sich in Europa durch Argumentieren, verstanden als ein vorsichtiges Vorantasten in den verästelten Sprachspielen des europäischen Argumentationszusammenhangs. Kenntnis und Geduld für dieses Spiel in den verwinkelten Gassen der alten Stadt,<sup>16</sup> um Wittgensteins Bild der Sprache gleich für die politische Sprache Europas aufzugreifen, sind in vorschnell entfesselten Politisierungsstrategien untergegangen.

Anknüpfungspunkte für eine Rückkehr zu einer nachhaltigen europäischen Praxis sind jedoch weiter vorhanden. Es geht immer noch darum,

---

12 Fritz Scharpf, *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* (Frankfurt am Main: Campus 1999).

13 Den Topos prägte Kommissionspräsident José Manuel Barroso 2006 nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags um einen Weg aus der Krise zu weisen. Die Idee war gut, die EU nicht so weit.

14 Für die versuchte Alternative zu „Europe of Results“ wegweisend: Michael Zürn, „Zur Politisierung der Europäischen Union“, *Politische Vierteljahresschrift*, 2 (2006): 242-251. Immer noch zuversichtlich: Christian Rauh, Michael Zürn, „Die Politisierung der Europäischen Union als Chance nutzen“, *Integration*, 1 (2016): 3-14. Für einen Überblick: Swen Hutter, Edgar Grande, Hanspeter Kriesi (Hrsg.) *Politicising Europe* (Cambridge: Cambridge University Press, 2016): 279-300.

15 Für die gegenteilige Variante des Integrationsprozess als Vehikel radikaler Transformation trat bereits früh ein: J. P. Corbett, *Europe and Social Transformation* (Leyden: Sythoff, 1959).

16 PU § 18.

die Sicherung des Friedens mit dem Streben nach Wohlstand so zu verknüpfen und diesen in der Balance zwischen kompetitiven Marktzugängen und solidarischer Modernisierung nach innen und nach außen so zu generieren, dass über seine Auszahlungsmatrix wie über seinen gesellschafts- und kulturpolitischen Grundrahmen ein Konsens erhalten bleibt, der sich im europäischen Topos „in Vielfalt geeint“ verorten kann.

Das Umschlagbild dieses Buches zeigt die europäische Fahne, erst spät vom Europarat für die Europäische Union übernommen, in der ewigen Stadt, in der die funktionalistischen Bauleute Europas die Römischen Verträge unterschrieben haben, um an die älteste Europaidee anzuknüpfen, die des römischen Erbes. Wittgensteins Metapher der alten Stadt für die Sprache verweist darauf, dass das europäische Regierungsviertel aus einer wesentlich älteren Stadtstruktur herauswächst. Die europäische Praxis des Integrationsprozesses ist nur eine Variante von vielen Optionen der Europäer, wohl aber die beste, die wir kennen. Entsprechend behutsam sollte an der Nachhaltigkeit des europäischen Argumentationszusammenhang gearbeitet werden.

### § 1: *Die untergehende Insel der Argumentation*

Die Diskussion um Argumente und Argumentationszusammenhänge zeichnete in den letzten beiden Dekaden unübersichtlich zwei gegenläufige, aber nicht unverbundene Konjunkturkurven: Einerseits bestechen Ansätze aus der soziologisch orientierten Philosophie und der philosophisch orientierten Soziologie mit ihren breitangelegten Erklärungsansätzen der Rechtfertigung und der Resonanz.<sup>17</sup> Bei allen Unterschieden stimmen Rainer Forst und Hartmut Rosa in der Grundüberlegung überein, dass sozialer und politischer Zusammenhalt und seine Handlungsfähigkeit daran hängen, dass Argumente verstanden werden und Gehör finden, weil sie an ein gesellschaftlich geteiltes Vorverständnis affirmativ oder kritisch anknüpfen.

Andererseits hob gleichzeitig die Debatte um den Populismus darauf ab, dass die Voraussetzung eines gesellschaftlich geteilten Argumentationszusammenhangs nicht mehr besteht, weil ökonomische und kulturelle Mo-

---

17 Hartmut Rosa, *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung* (Berlin: Suhrkamp, 2016); Rainer Forst, *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007).

dernisierungsprozesse die europäische Gesellschaft gespalten haben.<sup>18</sup> Ob allein die Entschleunigung des transformativen Kapitalismus zur Rückkehr der Resonanzfähigkeit führen könnte, erscheint fraglich; nicht zuletzt, weil sich der Stresslevel des Leerlaufs durch die Ungleichzeitigkeit des technologischen Fortschritts erhöht hat. Während sich die Produktivität weniger als erhofft steigerte und der Ressourcenverbrauch nicht sank, war der Fortschritt der Kommunikationstechnologie signifikant genug, um ökonomische und gesellschaftliche Umwälzungsprozesse voranzutreiben und grundlegende Konflikte sichtbar zu machen und auszutragen. Eine Polarisierung wurde aus der sprachpragmatischen Sicht Ludwig Wittgensteins dann unausweichlich: „Wo sich wirklich zwei Prinzipien treffen, die sich nicht miteinander aussöhnen, da erklärt jeder den Andern für einen Narren und Ketzer.“<sup>19</sup> Die polarisierende Politisierung hätte aber gerade nicht in die europäische Praxis gelenkt werden müssen. Denn die Aussöhnung gegenüberlicher Prinzipien gehörte zum Kern des integrierten Regierens und seines Friedens- und Wohlstandsversprechens.

Im engeren Feld der Internationalen Beziehungen fand die seit drei Dekaden geführte Debatte um die vorhandenen Chancen eines an vernünftiger Verständigung orientierten Verhandlungsstil,<sup>20</sup> ein relativ nüchternes Zwischenfazit in der These von den „Inseln“ der Deliberation und der Überzeugung. Gemessen am Goldstandard der Deliberation von Jürgen

18 Cas Mudde. „The Populist Zeitgeist.“ *Government and Opposition* 4 (2004): 541-563; Hanspeter Kriesi „The Populist Challenge.“ *West European Politics* 2 (2014): 361-378; Jan-Werner Müller, *Was Ist Populismus? Ein Essay* (Berlin: Suhrkamp, 2016); Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul A Taggart, Paulina Ochoa Espejo, Pierre Ostiguy (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Populism* (Oxford: Oxford University Press 2019); Armin Schäfer, Michael Zürn, *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus* (Berlin: Suhrkamp, 2021).

19 ÜG 611.

20 Harald Müller, "Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 15-44. Thomas Risse-Kappen, "Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 171-184. Rainer Schmalz-Bruns, "Die Theorie kommunikativen Handelns - eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 347-370, Nicole Deitelhoff, Harald Müller. "Theoretical paradise—empirically lost? Arguing with Habermas." *Review of international studies* 1 (2005): 167-179; Tine Hanrieder, "Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungstheoretischen Erklärung «moralischer Debatten." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (2008): 161-186; Thomas Risse, "Reden ist (immer noch) nicht billig: Ein Kommentar." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2017): 189-197.

Habermas, der Deliberation entgegen der klassischen Konzeption der Rhetorik primär als formales, egalitäres Verfahren des Vorbringens verallgemeinerbarer Gründe konzipierte,<sup>21</sup> lassen sich im „Meer“ einer auf Militär- und Finanzmacht gestützten internationalen Politik Deliberationsprozesse zwar nachweisen. Aber sie bleiben die isolierte Abweichung von der macht- und interessengeleiteten Regel des Verhandeln.<sup>22</sup>

Eine solche postmoderne Sonderrolle einer Insel der Seligen schien jedoch der europäische Integrationsprozess für sich in Anspruch nehmen zu können.<sup>23</sup> Zumindest eine normativ nicht ganz so anspruchsvolle Variante einer sanften Macht,<sup>24</sup> die sich dennoch als normative Macht,<sup>25</sup> eigentlich besser normierende Macht, fast ohne aktives Zutun des Regierens ausbreitet, vielleicht sogar in „Kaskaden“,<sup>26</sup> schien das Wesen des europäischen Integrationsprozesses zu erfassen. Diese Konjunktur der europäischen Sonderrolle ist abgeflaut. Die europäische Insel scheint im geopolitischen Meer der „Weltunordnung“ zu versinken.<sup>27</sup>

Knapp zwei Dekaden nach dem 2005 gescheiterten Verfassungsvertrag sind die Lehren zur Dynamik der Deliberation aus dem damals vorangegangenen Konvent (2002-2003)<sup>28</sup> lediglich in eine kaum beachtete Konferenz zur Zukunft Europas (2021-2022) eingeflossen, die Bürgerbeteiligung eher simulierte, als dass eine europäische Öffentlichkeit davon auch nur Notiz genommen hätte.

- 
- 21 Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 1. Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung* (Frankfurt: Suhrkamp, 1981); Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981).
- 22 Nicole Deitelhoff, *Überzeugung in der Politik: Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens* (Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006).
- 23 Jeremy Rifkin, *European Dream. How Europe's Vision of the Future is Quietly Eclipsing the American Dream* (New York: Penguin, 2004).
- 24 Joseph S. Nye, *Soft Power. The Means to Success in World Politics* (New York: PublicAffairs, 2005).
- 25 Ian Manners, „Normative power Europe. A Contradiction in terms?“ *Journal of Common Market Studies* 2 (2002): 235-258.
- 26 Martha Finnemore, Kathryn Sikkink. „International norm dynamics and political change.“ *International Organization* 4 (1998): 887-917.
- 27 Carlo Masala, *Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens* (München: C.H. Beck, 2022).
- 28 Daniel Göler, *Deliberation - Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002-2003* (Baden-Baden: Nomos, 2006).

Statt der Entfaltung einer von deliberativen Prozessen ausgelösten Dynamik schufen in den letzten Jahren auch und gerade in der Europapolitik die Populisten eine postfunktionalistische Situation, in der sachliche Argumente gegenüber dem Beharren auf politischen Identitätsvorstellungen kaum eine Chance hatten.<sup>29</sup> Während es in der Eurokrise zunächst so aussah, als wäre auch der Dissens noch permissiv,<sup>30</sup> ließ das britische Referendum und der chaotisch verhandelte und vollzogene Brexit kaum mehr einen Zweifel am Leerlauf des europäischen Argumentationsprozesses. Der Verlust des Vereinigten Königreichs für die Europäische Union konnte als Bereinigung des Integrationsprozesses um einen störrischen Partner eingeordnet werden. Doch gerade die Unfähigkeit, auch schwierige Freunde einzubinden, legte offen, dass die politische Sprache der europäischen Integration an Macht und Legitimität verloren hatte.<sup>31</sup>

Die Erosion der normativen Macht Europas gegenüber schwierigen Partnern hatte bereits 2014 in der hybriden russischen Invasion der Ukraine als Reaktion auf den Euromaidan ein gänzlich anderes Niveau erreicht. Diesen Weckruf wollte nur wenig hören.<sup>32</sup> Mit dem russischen Überfall vom 24. Februar 2022 haben sich die Parameter Europas grundlegend verschoben. Man wird nicht umhinkommen, dem oben schon zitierten großen Skeptiker des 19. Jahrhunderts, Otto von Bismarck, hier zumindest eingeschränkt rechtzugeben: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – [...] – sondern durch Eisen und Blut.“<sup>33</sup>

Wie sehr die Debatte um die Deliberation in Deutschland weniger empirisch orientierte Wissenschaft und mehr sozialpsychologische Traumabearbeitung der Verbrechen, Zuspitzungen und Entgleisungen der Erkenntnis

---

29 Liesbet Hooghe, Gary Marks, „A Postfunctional Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus.“ *British Journal of Political Science* 1(2009) 1-23.

30 Mariano Barbato, „Integration als Revolution: Souveränität und Legitimität der EU im Ausnahmezustand der Eurokrise.“ *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 6 (2013): 249-267.

31 James A. Caporaso, „Europe’s Triple Crisis and the Uneven Role of Institutions: the Euro, Refugees and Brexit“, *Journal of Common Market Studies* 6 (2018): 1345-1361.

32 Andreas Umland (Redakteur des Aufrufs) und 100 deutschsprachige Osteuropaexperten, „Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung“, *Zeit Online*, 11. Dezember 2014.

33 Rede Bismarcks in der Budget-Kommission des Preußischen Landtags vom 30.9.1862, in: Otto von Bismarck, *Die gesammelten Werke*. Friedrichruher Ausgabe, Bd. 10: Reden, bearb. von Wilhelm Schüßler (Berlin: Verlag für Politik und Wirtschaft, 1928) 140.

Bismarcks im Verlauf der Geschichte des deutschen Nationalstaats darstellt, dürften die fast tragischen Einlassungen von Jürgen Habermas zum russischen Überfall auf die Ukraine verdeutlichen. Der Begründer einer höchst anspruchsvollen Konzeption der Deliberation plädierte nach knapp einem Jahr Krieg im Februar 2023 für ein weder konzeptionell noch empirisch spezifizierbares Verhandeln, das sich einzig und allein dadurch zu definieren schien, dass es als „Reden“ im Gegensatz zu einer Entscheidung durch „Blut und Eisen“ verstanden werden wollte.<sup>34</sup> Der anspruchsvolle Unterschied zwischen einer formalen Idealisierung der Deliberation und einer bloßen Reduktion des Verhandeln auf ein „Reden“ scheint zu implodieren. Wenn Bismarcks „Blut und Eisen“ nicht zur generellen Währung in Europa werden sollen, dann bedarf es eines Abschieds von der Fixierung der Argumentation auf formalisierte Verfahren und eine Rückbindung an historisch gewachsene, empirisch relevante Verständigungsversuche.

Dazu gehört auch die Anerkennung militärischer und ökonomischer Grundlagen der europäischen Konsensmaschine. Am Anfang stand die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, die militärische Konfrontation mit der Sowjetunion und die Integration in den amerikanisch dominierten globalen Kapitalmarkt. Die europäische Insel der Argumentation kann tatsächlich als eine glückliche Anschwemmung durch günstige Strömungen in einem rauen Meer verstanden werden.

Auch beim Überwinden interner Leerläufe ist der europäische Argumentationszusammenhang kein autonomer, selbstreferenzieller Prozess, der aus eigener Kraft überleben kann. Der Integrationsprozess ruht nicht in sich selbst und hat dafür auch kein Potential. Ganz im Gegenteil stellt die Integration die Antwort europäischer Nationen darauf dar, sich nach ihrem weltpolitischen Niedergang in zwei Weltkriegen, dem Verlust der Kolonialreiche und der Bedrohung aus Varianten des Ostens ökonomisch wie sicherheitspolitisch unter dem Schirm der USA zu behaupten. Innerhalb dieses Rahmens ökonomischer, militärischer und normativer Macht des Westens entfaltete sich der Argumentationszusammenhang der europäischen Praxis im Nachkriegseuropa bis heute.<sup>35</sup>

---

34 Jürgen Habermas, „Ein Plädoyer für Verhandlungen“, *Süddeutsche Zeitung*, 14. Februar 2023.

35 Geir Lundestad, *'Empire' by Integration: The United States and European Integration, 1945-1997* (Oxford: Oxford University Press, 1998). Die Trump-Administration hat lediglich versucht, den Preis für die Verteidigung Europas für die Europäer, insbesondere Deutschland, deutlich zu erhöhen.



§ 2: Voraussetzungen, Fragen, Thesen, Ziele, Abgrenzungen

Die Europäische Union wird hier als legitimes Verhandlungssystem verstanden, das den politischen Rahmen für ein gutes Leben in Europa schafft. Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, das europäische Argumentieren innerhalb seiner Legitimität zu verstehen und seine Nachhaltigkeit herauszuarbeiten. Zwei Fragen stehen damit im Mittelpunkt: Was bedeutet Argumentieren und wie lauten die europäischen Argumente? Zwei grundsätzliche Fragen stehen dahinter: Wie kann die Politikwissenschaft davon etwas wissen und wie kann sie dazu etwas sagen?

Beginnen wir mit den Argumenten: Die Frage nach den europäischen Argumenten scheint eher klassisch. Doch hier interessieren nicht Argumente zur Begründung der europäischen Integration gegenüber einer Öffentlichkeit in den nationalen oder globalen Diskursen. Es wird nach den Argumenten gefragt, die das Argumentieren der Regierungen, Institutionen und der Vielzahl der europäischen Akteure von den Staatenlenkern und Diskursgestaltern bis zu den Bürokraten und Lobbyisten prägen und legitim und nachhaltig fortsetzen können. Damit richtet sich der Blick auf das europäische Argumentieren selbst. Dabei stellt sich die Frage, welche Argumente den Zugang zum europäischen Argumentieren eröffnen und dort Durchschlagskraft verleihen, weil sie als legitim gelten. Im nächsten Schritt geht es darum, zu verstehen, aus welcher Bewährung und welchen Konstellationen heraus, diese Argumente als legitim gelten, um sie auf ihre Nachhaltigkeit bei neuen Herausforderungen zu prüfen.

Die Auswirkungen des europäischen Argumentierens werden unter der Forschungsagenda der Europäisierung schon lange in den Fokus genommen.<sup>36</sup> Nachdem dort schon viel geklärt werden konnte, wurden die europäischen Argumente selbst interessant.<sup>37</sup> Der gemeinsame europäi-

---

36 Klassisch zum Forschungsansatz der Europäisierung vgl. u.a. Maria Green Cowles, James A. Caporaso und Thomas Risse-Kappen, *Transforming Europe. Europeanization and domestic change* (Ithaca: Cornell University Press, 2001); Christoph Knill, *The Europeanisation of National Administration* (Cambridge: Cambridge University Press, 2001); Beate Kohler-Koch und Rainer Eising, *The Transformation of Governance in the European Union* (London: Routledge, 1999).

37 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren und Institutionenbildung," in *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003): 11-46; Frank Schimmelfennig, "The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Enlargement of the EU," *International Organization* 55 (2001): 47-80.

sche Argumentationszusammenhang, den die nationalen Argumentationszusammenhänge durch ihre gemeinsame Praxis geschaffen haben und der nun eigenständig wirkt, wird von manchen – beispielsweise Wæver<sup>38</sup> – als so heterogen betrachtet, dass sie nicht glauben ihn, als Ganzes in den Blick nehmen zu können, sondern ihn als Interaktion gegensätzlicher nationaler und globaler Diskurse betrachten. Seine Heterogenität ist unbestritten. Doch auf der Basis dieser Heterogenität hat sich ein in sich widersprüchlicher, aber doch Legitimität einfordernder und Nachhaltigkeit versprechender Argumentationszusammenhang gebildet, den man unter verschiedenen Frageinteressen, aber sehr wohl als Einheit in den Blick nehmen kann.

Die europäische Praxis lässt viele Akteure zu, doch nicht alle Argumente der Akteure gelten als legitim. Nicht jedes Argument eröffnet den Zugang zur Praxis des Argumentierens. Wenn sich die Akteure gegenüber ihren Verhandlungspartnern Gehör verschaffen wollen, müssen sie europäisch argumentieren, d.h. Argumente benutzen, die innerhalb des Argumentationszusammenhangs als legitim gelten, alles andere ist Politisierung und Polarisierung mit wenig Aussicht auf Nachhaltigkeit. Die Frage nach den Argumenten *des Argumentationszusammenhangs* drängt damit die Frage nach den Akteuren und *ihren Argumenten* in die zweite Reihe.

In der stabilen europäischen Praxis geht es bei vielen Argumentationen nicht mehr darum, eine gemeinsame Sprache zu finden, sondern sich in der gemeinsamen Sprache legitimer Argumente auszudrücken.

Gleichzeitig gilt auch, dass nicht jedes Argument, das innerhalb des europäischen argumentationszusammenhang als legitim erscheint, auch nachhaltig ist. Auch legitime Argumente können die Zukunftsfähigkeit der europäischen Praxis verspielen. Die europäische Praxis muss die Argumente ihres Argumentationszusammenhangs stetig verknüpfen, die zugleich legitim und nachhaltig sind. Nur dann sichert sie die Macht und die Zukunftsfähigkeit ihres Argumentationszusammenhangs. Daraus ergibt sich keine Engführung auf einen einzigen Weg, die Varianz möglicher Konstellationen schränkt sich aber doch ein.

Was bedeutet nun Argumentieren? Im Mittelpunkt der Antwort steht die Sprachlichkeit und die Geschichtlichkeit politischen Handelns. Argumentieren ist eine sprachliche Tätigkeit, die immer in einer historischen

---

38 Ole Wæver, "Identity, communities and foreign policy: discourse analysis as foreign policy theory," in *European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic States*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver (London: Routledge, 2002): 20-49, auf S. 33-39.

Situation steht, der schon eine Argumentation vorausgegangen ist. Argumentieren kann deswegen nicht auf ein Abgleichen von fixen Interessen reduziert werden – die Vorstellung des *bargaining*. Auch stellen die Akteure ihre Ziele grundsätzlich nicht offen und im Licht der Vernunft zur Disposition – die Deliberationsvorstellung des kommunikativen Handelns. Wenn Argumentieren das offene Aushandeln von veränderbaren Zielen vor dem Hintergrund geteilter Legitimitätsvorstellungen und mit der Absicht der gemeinsamen Gestaltung von Zukunft sein sollte, kann die klassische Rhetorik mit ihrer Vorstellung von Deliberation und Topik zum aristotelischen Begriff der Praxis führen, der dann für das offene Aushandeln in gewachsenen Legitimitäts- und Argumentationszusammenhängen steht.

Mit Wittgenstein wird die Sprachlichkeit des Aushandelns deutlich. Sprache bedeutet für Wittgenstein Lebensform. Das sprachliche Handeln steht im Gebrauchszusammenhang der Sprache und schafft ihn zugleich. In der Sprache zeigen sich die Regeln und Argumente. Die Sprache ist wie die Lebensform ein gewachsener und offener Prozess. Wittgenstein verwendet dafür das bereits angeführte Leitbild der alten Stadt.

Wenn man sich nun den epistemologischen und methodologischen Fragen zuwendet, wäre eigentlich seit Aristoteles klar, dass die Wissenschaftlichkeit sich gegenüber der gewachsenen und offenen Praxis nicht durch ein allgemeines und überzeitliches Wissen beweisen kann. Es geht darum, sich dem Partikulären in der Zeit zu nähern und seine historische Legitimität und zukunfts offene Nachhaltigkeit zu verstehen, zu prüfen und „rattend“ fortzuführen. Wittgensteins Sprachspiel, das er als familienähnliche Vergleichsmethode an die sprachliche Lebensform heranträgt, um sie zu verstehen und ihren Leerlauf zu überwinden, klärt nicht nur die epistemologische Position, sondern liefert auch einen methodologischen Ansatz, der von der Philosophie auf die Politikwissenschaft übertragen werden soll.

Wittgenstein verwendet den Begriff des Sprachspiels auf drei verschiedene Weisen: Er spricht vom Sprachspiel als Ganzem; er gebraucht es als funktionales Sprachspiel für nach bestimmten Regeln abgegrenzte Einheiten; in einfachen Sprachspielen – die ich vor dem Hintergrund der Topik als topische Sprachspiele konzipiert übertragen möchte – zeigt und verdeutlicht er beispielhaft bestimmte Problemstellungen.

Die zu entwickelnde Methode muss Sprache, Geschichte und Handeln der Politik zueinander in Beziehung setzen. Der Raum des politischen wie auch des wissenschaftlichen Handelns entsteht im Handeln der Argumentierenden in einem historisch gewachsenen, sprachlichen Zusammenhang. Die Praxis der Argumentation kann sich nicht beliebig auf eine neue Kon-

stellation ihrer Argumente einlassen. Sie kann nur aus der Legitimität ihrer Geschichte heraus argumentieren. Geschichte und Tradition liefern somit nicht nur den Zusammenhang der Argumente, sondern ihre Bewährung garantiert ihre Legitimität. Doch ist dabei keine Unterwerfung unter den Primat der Tradition gemeint. Die Legitimationszusammenhänge der Geschichte sind ja eben gerade nicht fix, sondern leben vom Zulassen von Widersprüchen und vorläufigen Problemlösungen. Damit tragen sie ihre eigene Kritik und ihren eigenen Wandel in sich. Es kommt nun darauf an, ob sie sich weiter bewähren oder so verändert werden müssen, dass ihre Kontinuität nur noch in Fragmenten gewahrt bleibt und so als Erzählung einer stimmigen Argumentation abbricht. Die Bewährung in der Vergangenheit kann die Legitimität der Argumente nur erhalten, wenn sie auch in die Zukunft hinein Nachhaltigkeit versprechen kann.

Es geht dabei nicht um neue Erkenntnisse im Sinne des Sammelns neuer Daten und Fakten. Die bekannten Daten sollen vielmehr in ihrem Zusammenhang gesehen und auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Auf diese Nachhaltigkeit der dominanten Argumentation kommt es einem klassischen Konstruktivismus an, der hier leitend bleibt.<sup>39</sup>

Es soll ausgelotet werden, wie sich eine als positiv empfundene Argumentationslinie stabilisieren und fortsetzen lässt. Auf dieser Basis leistet ein klassischer Konstruktivismus einen anderen Beitrag als sein kritischer, dekonstruktivistischer Widerpart, dessen Berechtigung gerade in seiner anderen Zielrichtung indirekt bestätigt wird. Der klassische Konstruktivismus leistet aber mehr als der empirische Positivismus oder seine Spielart des *middle ground constructivism*.<sup>40</sup> Auf der pragmatischen Basis des Fokus auf der Praxis kann es gelinge, die Inhalte der dort behandelten Agenda zukunfts- und praxisorientiert voranzubringen.<sup>41</sup>

Ein solcher Ansatz kann auf die Frage, was sein wird und sein soll, aus der Perspektive des betroffenen Argumentationszusammenhangs Angebote

---

39 Friedrich Kratochwil, "History, Action and Identity: Revisiting the 'Second' Great Debate and Assessing its Importance for Social Theory." *European Journal of International Relations* 1 (2006): 5-29; Friedrich Kratochwil, *Praxis: On Acting and Knowing* (Cambridge: Cambridge University Press, 2018).

40 Emanuel Adler, "Seizing the middle ground: constructivism in world politics," *European Journal of International Relations* 3 (1997): 319-363.

41 Emanuel Adler, Vincent Pouliot (Hrsg.), *International Practices* (Cambridge: Cambridge University Press, 2011); Alena Drieschova, Christian Bueger und Ted Hopf (Hrsg.), *Conceptualizing International Practices* (Cambridge: Cambridge University Press, 2022); Friedrich Kratochwil, *After Theory, Before Big Data: Thinking about Praxis, Politics and International Affairs* (London: Routledge, 2021).

und Antworten formulieren, die spezifischer sind als allgemeine Gesetze und weniger einfach postulierend oder spekulierend wie die Appelle, die oft empirischen Arbeiten hintangestellt werden. Denn die spezifischen Argumente und Argumentationslinien des Argumentationszusammenhangs werden epistemologisch und methodologisch fundiert herausgearbeitet, um sie auf ihre Nachhaltigkeit hin zu überprüfen.

Mit der klaren Ausrichtung auf eine pro-europäische Erzählung erfolgt eine explizite, perspektivische, politische Abgrenzung. Diese Haltung kann nicht bewiesen werden, sie begründet sich in der Nachhaltigkeit des guten Lebens. Ich gehe davon aus, dass die Praxis des integrierten Europas und seine Zielsetzung von Frieden und Wohlstand positiv gesehen werden können, weil sein gegenwärtiger Zustand sich aus der Vergangenheit heraus bewährt hat und sein Argumentationszusammenhang zukunftsfähig scheint und Nachhaltigkeit versprechen könnte. Diese Fortsetzbarkeit möchte diese Arbeit herausarbeiten und Hinweise bereitstellen, wie dieser Pfad weiter beschritten werden kann. In dieser Fähigkeit, Zukunft nachhaltig zu gestalten liegt die Macht und die Legitimität politischer Sprache.

Für das auswählende Vortragen einer Sprachspielerzählung ist das Frageinteresse von Bedeutung. Hier steht die Verbindung von Vertiefung und Erweiterung im Mittelpunkt, die als treibende Achse der Integrationsmotors verstanden wird. Unter diesem Aspekt wird der Argumentationszusammenhang ordnend zusammengestellt.

Obwohl durch das methodologische und epistemologische Fragen in der Vorbereitung und in der Ausformulierung der Sprachspielmethode auch philosophische Fragen aufgeworfen werden, verstehen sich die Antworten als politikwissenschaftliche.

### § 3: Die Praxis des europäischen Argumentierens

Die europäische Praxis des Aushandelns unterscheidet sich vom innerstaatlichen und internationalen Verhandeln auf grundlegende und entscheidende Weise: Es wird keine Gewalt und auch kein Zwang ausgeübt – auch nicht als Möglichkeit. Der hobbes'sche Urzustand ist in der EU beseitigt, ohne dass der Leviathan des Staates notwendig geworden wäre.<sup>42</sup> Im Gegensatz zum internationalen System, das als letzte Entscheidung den Krieg

---

42 Vgl. klassisch zum Phänomen der security communities: Karl Wolfgang Deutsch, *Political community and the North Atlantic area* (New York: Greenwood Press, 1969).

kennt und im Unterschied zu innerstaatlichen politischen Systemen, die als letzte Entscheidung den Spruch der Mehrheit (des Volkes oder der herrschenden Schicht) kennen, verfügt die EU beim Treffen von Entscheidungen nur über die Möglichkeit des Verhandels. Das Ende des seit der Transformation des Mittelalters im Westfälischen Frieden implementierten „Urzustands“ verlief hier nicht über die gewohnte Schiene der Dichotomie von interner und externer Souveränität. Die friedensstiftende Integration gelang ohne eine Zentralisierung des Gewaltmonopols. Der Souveränitätsbegriff erfuhr in der EU vielmehr eine einschneidende Wandlung hin zum Konsens der grundsätzlich freien und gleichberechtigten Akteure, die je nach Vorgabe der Verträge in unterschiedlichen Konstellationen in den fragmentierten und überlappenden funktionalen Ebenen regieren.<sup>43</sup> Es genügt nicht mehr, das Zentrum unter Kontrolle zu bringen, die dominante Art der Entscheidungsfindung auch und gerade in der Mehrheitsdemokratie, sondern es muss immer wieder um den Konsens gerungen werden.<sup>44</sup> Die Argumentation in und zwischen den voneinander abhängigen funktionalen Ebenen, in der alle Entscheidungen wieder stabilisiert und neu ausgehandelt werden müssen, rückt damit in den Mittelpunkt. Auch wenn gelegentlich Entscheidungsverfahren aus Effizienzgründen in die Hand verschiedener Mehrheiten gelegt werden, bleibt diese Entscheidung immer an den Prozess des Verhandels gebunden. Nicht die einmalige Entscheidung an einem Punkt der Zeitachse bestimmt die Politik in der Union, sondern das fortwährende Rückbinden, Stabilisieren und Interpretieren dieser Entscheidungen an und innerhalb des Verhandlungsprozesses.

## I. Verhandeln im Mehrebenensystem

Der Ansatz des Mehrebenensystems eröffnete diesen Blick auf das Spezifische des europäischen Regierens jenseits der Staatlichkeit, das im Verhandeln liegt:

---

43 Mariano Barbato, *Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union* (Hamburg: Dr. Kovac, 2003).

44 Grundsätzlich zur Bedeutung des Konsenses unter Einschluss der unterlegenen Minderheit: Christopher J. Anderson, André Blais, Shaun Bowler, Todd Donovan und Ola Listhaug, *Losers' Consent. Elections and Democratic Legitimacy* (Oxford: Oxford University Press, 2005).

„Das europäische Mehrebenensystem ist in erster Linie ein Verhandlungssystem, in dem Ergebnisse nicht durch Befehlsmacht oder Mehrheitsentscheid, sondern durch Verhandlungsgeschick erzielt werden.“<sup>45</sup>

Mit dem Fokus auf das politische Verhandeln integriert der Ansatz des Mehrebenensystems dabei den wichtigsten Beitrag des Intergouvernementalismus<sup>46</sup> und konzeptualisiert gleichzeitig das politische System in der Perspektive funktionaler *Ebenen*, ohne die funktionale *Logik* des Neofunktionalismus<sup>47</sup> zu übernehmen. Die EU zeichnet sich als Mehrebenensystem dadurch aus, dass durch den Teiltransfer von Souveränität<sup>48</sup> in den Einzelmachtungen der Verträge immer nur abgegrenzte funktionale Regelzusammenhänge dem Institutionengefüge der europäischen Integration überantwortet wurden. Diese funktionalen Ebenen lassen sich einerseits nicht voneinander separieren wie Territorien in zwischenstaatlichen Systemen, da sie überlappen und sich gegenseitig bedingen, sind aber andererseits nicht wie in innerstaatlichen Systemen einem Entscheidungsmonopol unterworfen. Diese neue Perspektive lässt die EU zum einen als postmoderne *polity* erscheinen,<sup>49</sup> zum anderen erlaubt sie die Analyse entlang der klassischen Kriterien eines politischen Systems.<sup>50</sup>

---

45 Edgar Grande, "Multi-Level-Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems," in *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*, hrsg. von Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Baden-Baden: Nomos, 2000): 11-30, auf S. 17. Vgl. Auch Thomas Christiansen, "Reconstructing European Space," in *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen (Houndmills: Macmillan, 1997): 51-68, auf S. 65; Beate Kohler-Koch, "The Evolution and Transformation of European Governance," in *Transformation of Governance in the European Union*, hrsg. von Beate Kohler-Koch und Rainer Eising (London: Routledge, 1999): 14-35, auf S. 30.

46 Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998).

47 Vgl. Jesse Tranholm-Mikkelsen, "Neo-functionalism: Obstinate or Obsolete?," *Millennium* 20 (1991): 1-20. Vgl. auch Philippe C. Schmitter, "Neo-Neo-Functionalism," in *European Integration*, hrsg. von Thomas Diez und Antje Wiener (Oxford: Oxford University, 2003).

48 Ausführlich dazu Mariano Barbato, *Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union* (Hamburg: Dr. Kovac, 2003).

49 John Gerard Ruggie, "Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations," *International Organization* 47 (1993): 139-174, auf S. 140-151.

50 Simon Hix, *The Political System of the European Union* (Houndmills: Macmillan Press, 1999) auf S. 2-4; Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European community* (Englewood Cliffs: Prentice-

Mit dieser Gleichzeitigkeit geht nun die Literatur zum Mehrebenenansatz unterschiedlich um. Grundsätzlich lassen sich zwei Stränge unterscheiden.<sup>51</sup> Der eine Strang entwickelte ein neoföderales Modell, das die Politikbereiche und Akteure territorialen Ebenen zuordnete und dann deren Interaktion untersuchte.<sup>52</sup> Der andere Strang konzentrierte sich auf die Wende zur Funktion und die funktionale Konstituierung des politischen Systems. Daraus ergab sich der Vorteil, sowohl die Spannbreite der Verfahren von supranational bis intergouvernemental integrieren zu können wie auch für die territorial unterschiedliche Ausdehnung von Funktionsräumen gerüstet zu sein.<sup>53</sup>

Die hier eingenommene Position orientiert sich am funktionalen Zweig. Denn dieser Zweig nimmt den Verlauf der Integration als die Neugestaltung von Funktionsbereichen und damit die Inkongruenz von Funktionszuschreibung und Territorium ernst.<sup>54</sup> Was im Ergebnis Anklänge an ein neoföderales Gebilde zeigt, bleibt, seiner historischen Entwicklung nach, ein politisches System, das sich über Funktionen konstituiert und dessen aktueller Zustand, ebenso wie seine zukünftigen Potentiale, auch nur so verstanden werden können. Das politische Handeln der EU findet zwar auf dem Territorium der Mitglieder statt, hat aber nur innerhalb seiner

---

Hall, 1970). Vgl. dazu auch Frank Pfetsch, *Die Europäische Union* (München: UTB/Fink, 2001) auf S. 119-173.

- 51 Edgar Grande, "Multi-Level-Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems," in *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*, hrsg. von Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Baden-Baden: Nomos, 2000): 11-30, auf S. 11-12. Der Mehrebenenansatz hat sich auf der Grundlage dieser Unterscheidung seither weit ausdifferenziert. Die Einbettung in die Literatur wird hier auf der Basis der ersten Auflage belassen, da sich für den Kern der Argumentation aus Weiterentwicklung der Debatte keine Veränderung ergeben hat.
- 52 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001); Gary Marks, Liesbet Hooghe und Kermit Blank, "European Integration from the 1980s: State-centric v. Multi-level Governance," *Journal of Common Market Studies* 34 (1996): 341-378.
- 53 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/ Leske+Budrich, 1996): 5-44. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren und Institutionenbildung," in *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003): 11-46.
- 54 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 1996): 5-44, auf S. 21-24.



funktionalen Bereiche die Möglichkeit, souveräne Entscheidungen zu fällen. Diese funktionalen Bereiche umfassen oder tangieren jedoch so viele öffentliche Aufgaben, dass der ehemals ausschließliche Herrschaftsgewalt symbolisierende Eigentumsanspruch auf das Territorium eher der funktional zu verstehenden Aufgabe weicht, das Territorium für verschiedene andere funktionale Bereiche des Regierens bereitzustellen, von denen manche noch weitgehend von den einzelnen Staaten eigenständig geregelt werden können. Das Territorium verschwindet so nicht aus der Betrachtung,<sup>55</sup> verliert aber seine konstituierende Aufgabe an die Funktion.

Mit der Wende zur Funktion kommt die Schwierigkeit der Abgrenzung in den Blick: Territorien sind ausschließlich organisierbar, Funktionen sind nicht nur schwer voneinander abzugrenzen, sie bedingen einander, womit die Bedeutung des Verhandeln in und zwischen den überlappenden Ebenen weiter deutlich wird.

Doch die Grenzen verfließen nicht nur zwischen den Funktionen, sondern auch bei ihrer territorialen Ausdehnung. Das politische System kennt nicht nur eine Vielzahl von Übergangsfristen, die die territoriale Reichweite je nach Funktion zumindest zeitweilig variieren lässt. Es hat beispielsweise mit der Währungsunion und mit dem *Opting-out* bei der Innen- und Justizpolitik in Maastricht und der vertraglichen Fixierung der „verstärkten Zusammenarbeit“ in Amsterdam<sup>56</sup> einen Pfad beschritten, der die Konstituierung der EU durch funktionale Ebenen unterstreicht. Der im Zuge der Eurokrise etablierte Europäische Stabilitätsmechanismus stellt eine eigenständige internationale Organisation der Eurostaaten dar, ohne Integration in der Rechtsrahmen der Europäischen Union.<sup>57</sup>

Wenn die Grenze zwischen *inside* und *outside*<sup>58</sup> der staatlich, territorial konzipierten Welt fraglich wird, steht auch die Beziehung der Integrati-

---

55 Zur Aufgabe des staatlichen Territoriums vgl. Klaus-Dieter Wolf, "Die Grenzen der Entgrenzung (Kommentar)," in *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, SonderH. 29/1998 Jahrgang 39*, hrsg. von Beate Kohler-Koch (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998): 77-87.

56 Christian Deubner, "Differenzierte Integration: Übergangserscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 24-32.

57 Für einen ähnlich Blickwinkel auf die verschiedenen Ebenen der europäischen Praxis vgl. Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2016).

58 R. B. J. Walker, *Inside/outside: International Relations as Political Theory* (Cambridge: Cambridge University Press, 1993). Vgl. auch R. B. J. Walker, "Europe is not where it is supposed to be," in *International Relations Theory and the Politics of*

onstheorie zu den Disziplinen der Internationalen Beziehungen und der Vergleichenden Regierungslehre zur Diskussion. Da die EU schon lange als „full blown political system“<sup>59</sup> verstanden werden kann, könnte die Überführung der Integrationsforschung in die Disziplin der Regierungslehre vollzogen werden. Das politische System wäre zwar weder *federation* noch *regime*,<sup>60</sup> aber doch ein politisches System, das nur ohne die zentralen Merkmale der anderen beiden auskommt und deswegen ein breites Spektrum von Verfahrensweisen kennt, die man analysieren kann.<sup>61</sup>

Wenn man die im funktionalen Mehrebenenmodell gewonnen Einsichten jedoch aufgreifen möchte, beantwortet die *Policy*-Analyse allein die Frage nach dem politischen System der EU nicht zufrieden stellend. Wenn die Integrationsforschung in der Vergleichenden Regierungslehre aufgeht, endet die weitere Klärung des spezifisch Neuen, das das politische System der EU ausmacht und es von staatlichen Systemen ebenso unterscheidet wie vom internationalen System.

Für theoretisch weniger interessierte Beobachter mag ein weiterer Einwand naheliegender sein: Im Kern des politischen Systems der EU liegt eine Dynamik, die durch eine Orientierung an klassischen Politikfeldanalysen nicht eingefangen werden kann. Der Ansatz des Mehrebenensystems wurde nicht als Modell für ein statisches politisches System konzipiert. Jachtenfuchs und Kohler-Koch sprechen vielmehr von einem „dynamische(n) Mehrebenensystem.“<sup>62</sup>

Obwohl zu Recht die Frage der Finalität mit dem Argument verabschiedet wird, bereits ein politisches System vorzufinden, das sich nicht auf eines der alten Modelle hin entwickelt, zeichnet sich dieses System doch vor allem dadurch aus, dass es sich vertieft und erweitert. Angesichts dieser

---

*European Integration. Power, Security and Community*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 14-32.

59 Simon Hix, *The Political System of the European Union* (Houndmills: Macmillan Press, 1999) auf S. 1.

60 William Wallace, "Less than a Federation, more than a Regime: The Community as a Political System," in *Policy-Making in the European Community*, hrsg. von Helen Wallace et al. (Chichester: Wiley, 1983): 403-436.

61 Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Hrsg.), *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem* (Baden-Baden: Nomos, 2000).

62 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Oppladen: UTB/Leske+Budrich, 1996): 5-44, auf S. 16.

Herausforderung genügt die Frage nach dem „*how the EU works today*“<sup>63</sup> nicht.

Die entscheidende Frage lautet dann, ob und wie das politische System der EU *morgen* arbeiten wird. Die Analyse seiner verschiedenen Ebenen ist deswegen nicht nur als Einzelfallanalyse interessant, sondern immer auch unter der Perspektive des Erhalts und der Entwicklung des gesamten politischen Systems der EU. Eine zukunftsfähige Integrationsforschung muss prüfen, welche Anknüpfungspunkte und Lösungsmöglichkeiten das politische System der EU heute in seiner Verhandlungsdynamik bereithält, um morgen verändert diese Dynamik fortsetzen zu können.

## II. Deliberation und Topik

Wenn das politische System der EU als Verhandlungssystem charakterisiert ist und die Bedeutung der Verhandlungsdynamik erkannt ist, stellt sich die Frage nach der Art dieses Verhandeln. Zur Beantwortung dieser Frage kann die Debatte in der Theorie der Internationalen Beziehungen mit der Integrationstheorie verbunden werden. Selbst aus einer neorealistischen Perspektive lässt sich dort die enge Kooperation der EU-Staaten nur über die These der *voice opportunity*<sup>64</sup> erklären, die besagt, dass es für die Handlungsmöglichkeit der Staaten entscheidend ist, ein Wort in den Verhandlungen mitreden zu können.<sup>65</sup> Innerhalb dieser Verhandlungen gilt es aus dieser Perspektive des *bargaining*, gegebene Interessen durchzusetzen. Die aus der Internationalen Beziehungen bekannte neoutilitaristische Synthese

---

63 Simon Hix, *The Political System of the European Union* (Houndmills: Macmillan Press, 1999) auf S. 1; Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 1996): 5-44, auf S. 20; Thomas König, Elmar Rieger und Hermann Schmitt (Hrsg.), *Das europäische Mehrebenensystem* (Frankfurt am Main: Campus, 1996) auf S. 16.

64 Joseph Grieco, "The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neorealist Research Programme," *Review of International Studies* 21 (1995): 21-40; Joseph Grieco, "The State Interests and Institutional Rule Trajectories: A Neorealist Interpretation of the Maastricht Treaty and the European Monetary Union," *Security Studies* 5 (1996): 261-305.

65 Kritisch dazu Steve Smith, "International theory and European integration," in *International Relations Theory and the Politics of the European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 33-56, auf S. 43-45.

von neoliberalen und neorealistischen Ansätzen hat Moravcsik erfolgreich unter dem liberalen Paradigma der Integrationsforschung als *Liberal Intergovernmentalism*<sup>66</sup> dominant gemacht.<sup>67</sup> Für das Mehrebenensystem bestünde nun die Möglichkeit, Moravcsiks Ansatz des *bargaining* der großen Konferenzen<sup>68</sup> auf das ganze Mehrebenensystem der EU zu übertragen und aus dem innerstaatlich-intergouvernementalen *two-level-game*<sup>69</sup> dementsprechend ein *multi-level-game* zu machen. Akteure definieren in Verhandlungen innerhalb ihres *levels* ihre Interessen und vertreten sie dann gegenüber anderen Akteurskonstellationen. Die Akteure, die möglichst viele und wichtige funktionale Ebenen beherrschen und deswegen zwischen vielen *levels* verhandeln können, sind die dominanten Spieler. Sie können ihre Interessen besser durchsetzen, als Akteure, deren Stimme auf die Verhandlungen innerhalb eines bestimmten *levels* beschränkt ist. Bei großen Verhandlungen dieser starken Akteure setzen sich die mächtigsten mit *side payments* gegen die weniger mächtigen durch und schließen unter einander *package deals* ab.<sup>70</sup>

Der traditionelle liberale Ansatz der Europaforschung kritisiert das Paradigma des Nutzenmaximierens einzelner Akteure als zu eng gestrickt. Nutzen erscheint hier eher als gemeinsame Problemlösungsfähigkeit. Diese Problemlösungsfähigkeit stellt in Grandes und Jachtenfuchs Band den zentralen Schlüssel zum Verständnis der Verhandlungen dar.<sup>71</sup> Mit diesem Fokus lässt sich die enge Sicht der Verhandlungen als durch Interessen gesteuertes *bargaining* in einem ersten Schritt weiten. Die Effizienz beginnt eine entscheidende Rolle zu spielen.

Mit diesem Schritt zur Problemlösungsfähigkeit wird der Rahmen möglicher Verhandlungsweisen in der Spannung zwischen der kontrollierten

---

66 Andrew Moravcsik, "The Future of European Integration Studies: Social Science or Social Theory?," *Journal of International Studies* 28 (1999): 371-391.

67 Steve Smith, "International theory and European integration," in *International Relations Theory and the Politics of the European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 33-56, auf S. 45-47. Vgl. auch Mariano Barbatto, *Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union* (Hamburg: Dr. Kovac, 2003) auf S. 53-60.

68 Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998).

69 Andrew Moravcsik, "Preference and Power in the European Community," *Journal of Common Market Studies* 31 (1993): 473-519.

70 Pollack scheint diesen Weg gehen zu wollen: Mark Pollack, *The Engines of European Integration* (Oxford: Oxford University Press, 2003).

71 Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Hrsg.), *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem* (Baden-Baden: Nomos, 2000).

Verfolgung eigener Interessen und der effizienten Lösung gemeinsamer Probleme geweitet. Effizienz allein löst aber noch kein Problem.

Mit „Effizienz“ und „Problem“ sind nur sehr abstrakte Begriffe gegeben, die einen inhaltlichen Bezug fordern, der über den Begriff des Interesses nicht hinreichend bereitgestellt werden kann. Eine gemeinsame Zielperspektive über den Abgleich von Interessen hinaus eröffnet sich erst mit neu eingebrachten Ideen.

Innerhalb des positivistischen Paradigmas sind die Vorstellungen von Ideen als treibende Kraft der Kooperation von Keohane und Goldstein eingebracht worden.<sup>72</sup> Für die Integrationsforschung übertrug Jachtenfuchs diesen Ansatz.<sup>73</sup> Ideen werden dort vor allem in der Ergänzung zu Interessen dann relevant, wenn Präferenzen nicht eindeutig sind. Gerade wenn, wie Jachtenfuchs bemerkt, die Konstruktion Europas nun mehr durch die Frage nach der Herrschaftsform herausgefordert wird als durch die Gestaltung eines Markts, wird die Analyse von Neuland markierenden Ideen immer dringlicher. Klassisch für die Integrationsforschung hat dieses Problem Heinrich Schneider mit dem Begriff der Leitbilder umrissen.<sup>74</sup>

Um der neoutilitaristischen Position des *bargaining* im Sinne der problemlösenden Relevanz der Ideen besser entgegenzutreten zu können, wurde, wie oben schon angesprochen, in die Theoriediskussion der Internationalen Beziehungen Habermas' Begriffsprägung der Deliberation eingeführt.<sup>75</sup>

---

72 Judith Goldstein und Robert O. Keohane, *Ideas and Foreign policy. Beliefs, Institutions, and Political Change* (Ithaca: Cornell University Press, 1993). Kritisch dazu Mark Laffey und Jutta Weldes, "Beyond Belief: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations," *European Journal of International Relations* 3 (1997): 193-237.

73 Markus Jachtenfuchs, *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung* (Baden-Baden: Nomos, 2002). Für die Bedeutung einer bestimmten Konstellation von Ideen vgl. Craig Parsons, *A Certain Idea of Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 2006).

74 Heinrich Schneider, *Leitbilder der Europapolitik* (Bonn: Europa Union, 1977).

75 Peter Niesen und Benjamin Herborth (Hrsg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007). Vgl. dazu auch die ZIB-Debatte: Harald Müller, "Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 15-44. Gerald Schneider, "Rational Choice und kommunikatives Handeln. Eine Replik auf Harald Müller", in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 357-366. Otto Keck, "Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorien und Habermas' Theorien des kommunikativen Handelns möglich?," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 5-48. Thomas Risse-Kappen, "Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität,"

In der Integrationstheorie fand die Einführung des deliberativen Ansatzes aus der Policyanalyse und der Untersuchung der Komitologie heraus statt.<sup>76</sup>

Bei Habermas steht Deliberation für einen Verhandlungsstil, der nicht die Durchsetzung von gegebenen Interessen in den Mittelpunkt stellt, sondern das gemeinsame Suchen nach Lösungen in den Vordergrund schiebt. Der Begriff steht für ein offenes, bedenkendes und erwägendes gemeinsames Beratschlagen.<sup>77</sup> Wenn die Politikwissenschaft von ihrem dominanten Paradigma der rationalen Wahl und des *bargaining* Abstand nehmen will, findet sie so gleichsam ganz natürlich zu Habermas.<sup>78</sup>

---

*Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 171-184. Rainer Schmalz-Bruns, "Die Theorie kommunikativen Handelns - eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 347-370. Harald Müller, "Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 371-391. Michael Müller, "Vom Dissensrisiko zur Ordnung der internationalen Staatenwelt. Zum Projekt einer normativ gehaltvollen Theorie der internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 367-379. Otto Keck, "Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4 (1997): 139-151.

76 Christian Joerges und Jürgen Neyer, "Vom intergouvernementalen Verhandeln zur deliberativen Politik. Gründe und Chancen für eine Konstitutionalisierung der europäischen Komitologie," in *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, SonderH. 29/1998 Jahrgang 39*, hrsg. von Beate Kohler-Koch (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998): 207-233; Christian Joerges und Ellen Vos, *EU committees. Social regulation, law and politics* (Oxford: Hart Pub., 1999). Vgl. auch Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith (Hrsg.), *Legitimacy and the European Union. The contested polity* (London: Routledge, 1999); Erik Oddvar Eriksen und John Erik Fossum (Hrsg.), *Democracy in the European Union. Integration Through Deliberation?* (London: Routledge, 2000); Markus Jachtenfuchs, "Verfassung, Parlamentarismus, Deliberation. Legitimität und politischer Konflikt in der Europäischen Union," in *Politik in einer entgrenzten Welt*, hrsg. von Christine Landfried (Köln: Wissenschaft und Politik, 2001): 71-89.

77 Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung* (Frankfurt: Suhrkamp, 1981); Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981).

78 Vgl. zusammenfassend: Thomas Risse, "'Let's argue!': Communicative Action in World Politics," *International Organization* 54 (2000): 1-39; Harald Müller, "International Relations as Communicative Action," in *Constructing International relations: the next generation*, hrsg. von Karin M. Fierke und Knud Erik Jørgensen (Armonk: Sharpe, 2001): 160-178. Vgl. kritisch: Hans-Martin Jaeger, "Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 313-340; Katharina Holzinger, "Kommunikationsmodi und

Die Frage nach dem Verhandlungsprozess wird dann jedoch lediglich zu einer Frage nach dem Verhandlungsstil, der durch die Verhandlungsabsicht festgelegt wird. Denn rationales *bargaining* wie rationale Deliberation gehen von allgemeinen, wenn auch gegenläufigen Vorstellungen der Vernunft aus. Beide argumentieren deswegen von einer formalen, allgemeinen Perspektive her. Entweder gilt das Gesetz des Nutzenmaximierens und der instrumentellen Vernunft oder das der gegenseitigen Rücksichtnahme und der kommunikativen Vernunft. Diese formale Unterscheidung zwischen Verhandlungsstil und Verhandlungsmotivation der Deliberation und des *bargaining* weitet zwar das einseitige Paradigma der rationalen Wahl, doch statt zur Untersuchung der Argumentationszusammenhänge der Praxis führt diese Unterscheidung nur zu einer idealtypischen Gegenüberstellung der Verhandlungsformen. Welche partikulären Argumente nach welchen konkreten Regeln ausgetauscht werden, kommt nicht in den Blick.

Der Ansatz des kommunikativen Handelns basiert trotz seines lebensweltlichen Anspruchs weiter auf der Hoffnung der Aufklärung mittels einer allgemeinen Vernunft, konsensfähige Normen zu schaffen. Diskurs meint bei Habermas immer das Hinausschreiten aus den brüchig gewordenen Vorgaben der Lebenswelt zur Vernunft. Habermas bleibt der Vertreter und Verteidiger des alten Projekts der aufgeklärten Moderne.<sup>79</sup> Lebensweltlich verkleidet steht im Mittelpunkt dieser Ontologie nicht der politische Prozess des offenen, lebensweltlichen Argumentierens, sondern der allgemeine, archimedische Fixpunkt abstrakter Rationalität. Habermas bietet damit nur ein Kriterium für ein formales Verfahren, nicht eine Methode für eine konkrete Untersuchung.

Die deliberative Alternative zur Konzeption des *bargaining* setzt sich damit zwei Kritikpunkten aus: Es gelingt ihr nicht, epistemologisch zum offenen Aushandeln des politischen Prozesses vorzudringen. Sie bleibt vielmehr in der Kausalität einer allgemein gedachten Vernunft stecken. Auch nimmt sie methodisch die in der Verhandlung stehenden Argumente nicht in den Blick. Ihr glückt lediglich eine methodische Ausweitung des Blicks auf die Motive der Akteure und damit des Verhandlungsstils.

Ein Ausweg findet sich im Wiederanknüpfen an den ursprünglichen Zusammenhang der Deliberation in der Rhetorik. Die Konzeption von

---

Handlungstypen in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8 (2001): 243-286.

79 Jürgen Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1985).

Habermas basiert nicht nur auf der Aufklärung, sondern lässt sich auch auf die klassische Deliberation der Rhetorik zurückführen.<sup>80</sup> Dort tritt die Deliberation statt mit einer abstrakten Vernunft an ihrer Seite zusammen mit einer konkreten Topik auf.<sup>81</sup> Die Topik stellt den methodischen Rahmen dar, in dem sich die Argumente für die Deliberation finden lassen. Sie stellt damit gleichsam beobachtetes Praxiswissen über gelungene Argumentation systematisiert zur Verfügung.<sup>82</sup>

Harald Müller notierte schon vor fünfzehn Jahren auf einer Liste offener Punkte der Deliberationsforschung die Bereitstellung einer „Topik internationaler Beziehungen“ an erster Stelle. Unter der Leitfrage „Was zählt in welchen internationalen Kontexten als Argument und als Berufungsgrundlage?“<sup>83</sup> führte Müller die Agenda des Verhandeln im Sinne der Theorie des kommunikativen Handelns „unweigerlich auf die Tradition der Rhetorik und damit auf die Topik zurück“.<sup>84</sup> Damit verband Müller eine weitreichende kosmopolitische Hoffnung:

„Die vergleichende topische Charakterisierung internationaler Verhandlungen wäre in der Lage, die weitgehend unsichtbare normative Verfassung der Weltpolitik aufzudecken und zu entziffern. Erst dann ließe sich mit größerer Sicherheit sagen, wie dünn oder dicht und wie robust oder prekär das Netzwerk jener ‚künstlichen Lebenswelt‘ ist, auf dem unsere gegenwärtigen Chancen grenzüberschreitender Verständigung beruhen.“<sup>85</sup>

---

80 Stephen Toulmin, *Kosmopolis* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1991) auf S. 300. Vgl. auch Josef Kopperschmidt, "Rhetorik als Methodisierungschance des politischen Raisonnements: z.B. Wilhelm Hennis," in *Politik und Rhetorik*, hrsg. von Josef Kopperschmidt (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995): 210-238, auf S. 218-225.

81 Josef Kopperschmidt, *Allgemeine Rhetorik. 2. Auflage* (Stuttgart: Kohlhammer, 1976); Josef Kopperschmidt (Hrsg.), *Politik und Rhetorik* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995); Chaim Perelman, *Logik und Argumentation. 2. Auflage* (Weinheim: Beltz, 1994); Thomas Schirren und Gert Ueding (Hrsg.), *Topik und Rhetorik* (Tübingen: Niemeyer, 2000); Stephen Toulmin, *Der Gebrauch von Argumenten. 2. Auflage* (Weinheim: Beltz, 1996).

82 Vgl. u.a. Josef Kopperschmidt, "Topik als Argumentationsheuristik," in *Topik und Rhetorik*, hrsg. von Thomas Schirren und Gert Ueding (Tübingen: Niemeyer, 2000): 669-683, auf S. 669-675.

83 Harald Müller, „Internationale Verhandlungen, Argumente und Verständigungshandeln. Verteidigung, Befunde, Warnungen“, in *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, hrsg. von Peter Niesen und Benjamin Herborth (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007): 199-223, auf S. 221.

84 Ibid.

85 Ibid.



Tine Hanrieder begrüßte damals Müllers Anliegen.<sup>86</sup> Verwirklicht worden ist eine solche Topographie der Internationalen Beziehungen jedoch nicht. Für den europäischen Integrationsprozess hingegen liegt mit der hier vorgetragenen Sprachspielerzählung ein methodisch in der klassischen Rhetorik und vor allem im Spätwerk von Ludwig Wittgenstein abgesicherter Versuch vor, der den Anspruch erhebt, der konkreten Kunst des Argumentierens in der politischen Sprache der europäischen Integration auf der historischen Spur zu sein.

Ob man die klassische Rhetorik mit Habermas verwerfen muss,<sup>87</sup> hängt wohl davon ab, ob man die Topik als geschlossenes System zulässiger Argumente begreift oder ob man sie zwar inhaltlich-historisch, aber wandlungsfähig und offen versteht. Die Topik nicht als Ersatz, sondern mit Giambattista Vico als Voraussetzung der Kritik, könnte eine Heuristik der Argumentationssuche darstellen.<sup>88</sup> Hennis hat mit seinem Ansatz, bei der Rekonstruktion der Politik als praktische Wissenschaft<sup>89</sup> die Topik an zentraler Stelle einzuführen, einen beachtlichen Versuch unternommen,<sup>90</sup> doch es gelang ihm keine politikwissenschaftliche Operationalisierung dieser Methode. Wenn die Topik offen gedacht und auch noch politikwissenschaftlich operationalisiert werden soll, dann muss die Offenheit jedes Verhandlungsprozesses von seiner Sprachlichkeit her verstanden werden.

### III. Topik, Wittgenstein und Konstruktivismus

Weniger epistemologisch sensibel als die deliberativen Ansätze glaubt ein konstruktivistischer Zweig an die positivistische Lösung. Interessen und Ideen werden in der positivistischen Perspektive des *middle ground constructivism* gleichermaßen als kausale Variablen verstanden. Wendt ar-

---

86 Tine Hanrieder, „Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungstheoretischen »Erklärung« moralischer Debatten.“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (2008) 161-186.

87 Jürgen Habermas, *Theorie und Praxis* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1963) 13. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992) 324ff.

88 Josef Kopperschmidt, "Rhetorik als Methodisierungschance des politischen Reasonments: z.B. Wilhelm Hennis," in *Politik und Rhetorik*, hrsg. von Josef Kopperschmidt (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995): 210-238, auf S. 230-232.

89 Wilhelm Hennis, *Politik als praktische Wissenschaft* (München: Piper, 1968).

90 Wilhelm Hennis, *Politik und praktische Wissenschaft* (Neuwied: Luchterland, 1963) auf S. 89-115.

gumentiert gegenüber den materialistisch ausgerichteten Neoutilitaristen nicht gegen deren positivistische Epistemologie, die er vielmehr verteidigt, sondern meint nur deren materialistische Ontologie mit einer idealistischen Ontologie ergänzen zu müssen.<sup>91</sup> In ihrem klassischen Einwand gegen die positivistische Regimetheorie, der sich gegenüber dem *middle ground constructivism* wiederholen lässt, haben Kratochwil und Ruggie das Problem einer Epistemologie, die mit fixen Variablen arbeiten möchte, um den offenen Verhandlungsprozess einer Regimebildung zu beschreiben, verdeutlicht.<sup>92</sup>

Weder Interessen noch Ideen lassen sich in einem sprachlichen Verhandlungsprozess kausal verstehen. Innerhalb der Sprache kann keinem Ereignis der Status einer Ursache zugeschrieben werden, weil aus keiner Aussage etwas zwingend oder auch nur mit Wahrscheinlichkeit folgt. Die Sprache gibt die Bedeutungsstruktur vor, in der das Handeln abläuft. Aber diese Struktur verursacht nicht, sie ermöglicht nur manches und schränkt anderes ein.<sup>93</sup> So stellt sich nicht die Frage nach den gegebenen Ursachen, sondern nach den zulässigen Gründen.<sup>94</sup>

---

91 Alexander Wendt, *Social theory of international politics* (Cambridge: Cambridge University Press, 1999) auf S. 370-378.

92 Friedrich V. Kratochwil und John Gerard Ruggie, "The State of the Art, or the Art of the State," *International Organization* 40 (1986): 753-776. Vgl. auch: Friedrich Kratochwil, "Constructing a new orthodoxy? Wendt's Social Theory of International Politics and the constructivist challenge," *Millennium* 1 (2000): 73-101.

93 Vgl. zu dieser Problematik klassisch auch die Agent-Struktur-Debatte: David Dessler, "What's at Stake in the Agent-Structure Debate," *International Organization* 43 (1989): 441-473; Roxanne Lynn Doty, "Aporia: A Critical Exploration of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory," *European Journal of International Relations* 3 (1997): 365-392; Patrick Thaddeus Jackson und Daniel H. Nexon, "Relations Before States: Substance, Process and the Study of World Politics," *European Journal of International Relations* 5 (1999): 291-332; Hidemi Suganami, "Agents, Structures, Narratives," *European Journal of International Relations* 5 (1999) 365-386.

94 Steve Smith sah in der Unterscheidung von Ursache und Grund die entscheidende Trennlinie in der epistemologischen Diskussion. Im integrationstheoretischen Zusammenhang: Steve Smith, "International theory and European integration," in *International Relations Theory and the Politics of the European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 33-56, auf S. 38f; Steve Smith, "Social Constructivism and European Studies," in *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen et al. (Sage: London, 2001): 189-198. Grundlegend: Steve Smith, "The Self-Images of a Discipline: A Genealogy of International Relations Theory," in *International Relations Theory Today*, hrsg. von Ken Booth und Steve Smith (Cambridge: Polity Press, 1995): 1-37, auf S. 26-30.

Statt den Interessen die Ideen und der egoistischen Motivation die problemlösende Intention zur Seite zu stellen und beide kausalen Gesetzmäßigkeiten einer allgemeinen Rationalität zu unterwerfen, geht es darum, Ideen und Interessen innerhalb offener, sprachlicher Regeln als Argumente zu verstehen. Anders als Wendt stellt deswegen Kratochwil auch keine signalisierenden Akteure im Urzustand<sup>95</sup> in den Mittelpunkt seines Ansatzes,<sup>96</sup> sondern beginnt mit der Konzeption der Regeln.<sup>97</sup> Regeln im sozialen Raum der Sprache geben einen Rahmen möglichen Handelns vor, sie haben keine direkte kausale Wirkung auf das tatsächliche Handeln. Sie bleiben als leitender Rahmen damit aber auch in Kraft, wenn sie gebrochen werden.<sup>98</sup> Dieser Raum der Regeln darf von vornherein nicht als in sich kohärent aufgebaut verstanden werden. Die Struktur der Regel ist vielmehr von Widersprüchen und Brüchen geprägt, die den verschiedenen Akteuren und ihrer besonderen Praxis die Möglichkeit geben, verschiedene Argumente einzubringen. Erst in der Möglichkeit des Anders-Sein-Könnens gelingt im Gegensatz zur Habermas'schen Konzeption der Deliberation, die ja gerade partikuläre Standpunkte über eine allgemeine Vernunft nivellieren will, der Blick auf die politische Argumentation und ihren Zusammenhang widersprüchlicher aber legitimer Regeln und Argumente. Hier lassen sich die rhetorische Tradition und ihre Vorstellung der Topik integrieren.<sup>99</sup> Kratochwil kam es dann darauf an, zu zeigen, dass die *rules of the game*

95 Alexander Wendt, "Anarchy is what states make of it," *International Organization* 46 (1992): 391-425, auf S. 404f. Interessant ist hier auch die Fußnote 47, in der er für die Staaten den in den Vertragstheorien meist als fiktiv zugegebenen Urzustand als real behauptet: „This situation is not entirely metaphorical in world politics, since throughout history states have „discovered“ each other, generating an instant anarchy as it were.“

96 Zur konstruktivistischen Theoriedebatte vgl. Stefano Guzzini, "A Reconstruction of Constructivism in International Relations," *European Journal of International Relations* 6, Nr. 2 (2000): 147-182; Knud Erik Jørgensen, "Continental IR Theory: The Best Kept Secret," *European Journal of International Relations* 6, Nr. 1 (2000): 9-42; Friedrich V. Kratochwil, "Why Sisyphus is Happy: Reflections on the 'Third Debate' and on Theorizing as a Vocation," *The Seyjong Review* 3 (1995): 105-128; Nicholas Greenwood Onuf, "The Politics of Constructivism," in *Constructing International Relations: the next generation*, hrsg. von Karin M. Fierke und Knud Erik Jørgensen (Armonk: Sharpe, 2001): 236-254.

97 Friedrich V. Kratochwil, *Rules, norms, and decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989).

98 Für ein völliges Missverständnis des Regelbegriffs vgl. Stephen Krasner, *Sovereignty. Organized Hypocrisy* (Princeton: Princeton University Press, 1999).

99 Friedrich V. Kratochwil, *Rules, norms, and decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989) auf S. 31-44.

den unterschiedlichen Situationen entsprechend verschieden konstruiert sind, entsprechend differenziert begründet sind und wirken und somit als unterschiedliche Typen gefasst werden müssen.<sup>100</sup> „*The important issue for investigation then becomes under what circumstances which type of reason serves as a sufficient justification for following a rule.*“<sup>101</sup> Mit Bezug auf die rechtliche Argumentation, die als Untereinheit von *practical reasoning* verstanden wird, schloss Kratochwil dann die Tradition von Topik und Rhetorik für die Politikwissenschaft auf.<sup>102</sup> Praxis und Sprache, Aristoteles und Wittgenstein bilden die Grundlagen dieses konstruktivistischen Ansatzes.<sup>103</sup>

Trotz der breiten Wirkungsgeschichte von *Rules, Norms, and Decisions*, das die postpositivistische Wende der 1990er Jahre anschoß und den Regelbegriff im Zentrum der Disziplin der Internationalen Beziehungen verankerte, nahmen die konstruktivistischen Fortführungen weder den Sprachbegriff Wittgensteins noch die Hinweise auf die rhetorische und topische Tradition breit auf.<sup>104</sup>

Die Ansätze von Karin Fierke und Antje Wiener zur Fortsetzung einer an Wittgenstein orientierten Agenda blieben weitgehend eine Ausnahme: Innerhalb der Integrationsforschung reflektiert Wiener<sup>105</sup> die enge Verbindung von sozialer Praxis des Argumentierens und dem rechtlich-positiven Argumentationszusammenhang des *acquis communautaire*, der im weiteren Zusammenhang dieser *routinised practice* oder *constitutive practice* steht. Die Begriffe entlehnte sie bei Koslowski und Kratochwil<sup>106</sup> bzw. Kra-

---

100 Ibid. auf S. 69-94.

101 Ibid. auf S. 97. Kursiv im Original.

102 Ibid. auf S. 212-248.

103 Friedrich V. Kratochwil, "Constructivism as an Approach to Interdisciplinary Study," in *Constructing International Relations: the next generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen (Armonk: Sharpe, 2001): 13-35, auf S. 17-20.

104 Maja Zehfuß, "Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5 (1998): 109-137.

105 Antje Wiener, "The Embedded Acquis Communautaire: Transmission Belt and Prism of New Governance," in *European Integration after Amsterdam*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener (Oxford: Oxford University Press, 2000): 318-341, besonders auf S. 323-328.

106 Ibid. auf S. 324. Rey Koslowski und Friedrich V. Kratochwil, "Understanding Change in International Politics: The Soviet Empire's Demise and the International System," *International Organization* 48 (1994): 215-247.

tochwil.<sup>107</sup> Zusammen mit Fierke, die den Ansatz des Wittgenstein'schen Sprachverständnisses am umfangreichsten in die Theorie der Internationalen Beziehungen eingeführt hat,<sup>108</sup> taufte Wiener diesen Ansatz *Wittgensteinian constructivism* und hält als sein Abgrenzungskriterium gegenüber einem positivistischen Konstruktivismus die unterschiedliche Auffassung zur Kausalität von Regeln fest.<sup>109</sup> Fierke grenzte mit diesem von Wittgenstein gestützten Fokus auf das Handeln in der Sprache einen dritten Weg zwischen *middle ground constructivism* und dekonstruktivistischen Ansätzen ab.<sup>110</sup>

Von diesen beiden entgegengesetzten Seiten des Dekonstruktivismus und positivistischem Konstruktivismus kommend haben zwei andere Ansätze ohne Bezug zu Wittgenstein für die Europaforschung eine ähnliche Agen-

- 
- 107 Antje Wiener, "The Embedded Acquis Communautaire: Transmission Belt and Prism of New Governance," in *European Integration after Amsterdam*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener (Oxford: Oxford University Press, 2000): 318-341, auf S. 325. Friedrich V. Kratochwil, "Regimes, Interpretation and the "Science" of Politics," *Millennium* 17 (1988): 263-284.
- 108 Karin M. Fierke, *Changing games, changing strategies: critical investigations in security* (Manchester: Manchester University Press, 1998). Sie bezog sich auf Martin Hollis und Steve Smith, *Explaining and understanding international relations* (Oxford: Oxford University Press, 1990); R. Holt, *Wittgenstein, Politics and Human Rights* (London: Routledge, 1997); Friedrich V. Kratochwil, *Rules, norms, and decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989); Nicholas Greenwood Onuf, *World of our making. Rules and rule in social theory and international relations* (Columbia: University of South Carolina Press, 1989); V. Pin-Fat, "Language in International Relations Theory: A Grammatical Investigation," (University of Wales, Aberystwyth: 1997).
- 109 Karin M. Fierke und Antje Wiener, "Constructing Institutional Interests: EU and NATO Enlargement," in *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen et al. (2001), auf S. 124.
- 110 Karin M. Fierke, „Constructivism“, in *International Relations Theories* hrsg. von Tim Dunne, Milja Kurki und Steve Smith (Oxford: Oxford University Press, 2006): 166-184. Vgl. auch: Karin M. Fierke, „Wittgenstein and International Relations Theory“ in *International Relations Theory and Philosophy. Interpretive dialogues* hrsg. von Cerwyn Moore und Chris Farrands (London: Routledge, 2010): 83-94.

da verfolgt: Diez' diskursive Knotenpunkte<sup>111</sup> und Schimmelfennigs rhetorisches Handeln.<sup>112</sup>

Die Konjunktur der Governance-Forschung und das Interesse an Ordnung und Herrschaft hat seither nicht nur in der Europawissenschaft, sondern in der ganzen „Galaxis der IB-Forschung“ einen breiten Raum eingenommen.<sup>113</sup> Die Frage nach der Macht und der Legitimität politische Sprache im Sinne einer Sprachspieltopik des nachhaltigen Argumentierens auf der sprachphilosophischen Basis von Ludwig Wittgenstein spielte dabei aber keine tragende Rolle. Den liegengebliebenen Faden wieder aufzunehmen, bietet sich vielleicht auch deswegen an, weil die vorangetriebenen Ordnungsdiskurse weniger nachhaltig waren als erhofft. Wenn wie von Nicole Deitelhoff und Michael Zürn programmatisch ausgeführt,<sup>114</sup> die Konjunkturen der IB-Forschung am Zusammenspiel von Debatten und Ereignissen hängen, dann laden die Polykrisen der letzten Dekade zur Suche nach einem Analyseraster für die Legitimität und Nachhaltigkeit von Argumentationszusammenhängen, an denen die Macht hängt, zumindest ein.

- 
- 111 Thomas Diez, *Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der Europadebatte* (Opladen: Leske+Budrich, 1999). Thomas Diez, "Speaking 'Europe': The Politics of Integration Discourse," in *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen et al. (London: Sage, 2001). Vgl. auch die Einführung des postmodernen Ansatzes in die Integrationsforschung: Thomas Diez, "Postmoderne und europäische Integration. Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 255-281.
- 112 Frank Schimmelfennig, "The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Enlargement of the EU," *International Organization* 55 (2001): 47-80; Frank Schimmelfennig, "Liberal Community and Enlargement: An Event-History Analysis," *Journal of European Public Policy* 9 (2002): 598-626; Frank Schimmelfennig, *Eine Argumentationstheorie internationaler Systemkonflikte* (Opladen: Leske+Budrich, 1995). Frank Schimmelfennig, "International Socialization in the New Europe: Rational Action in an Institutional Environment," *European Journal of International Relations* 6, Nr. 1 (2000): 109-139, auf S. 135. Frank Schimmelfennig, "Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4 (1997): 219-254.
- 113 Vgl. einführend Nicole Deitelhoff und Michael Zürn, *Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. Per Anhalter durch die IB-Galaxis* (München: C.H. Beck, 2016).
- 114 Ibid.

## § 4: Aufbau und Argumentation

Zu gemeinsamem Handeln finden die Partner in der EU dann zusammen, wenn sich aus dem Argumentationszusammenhang heraus eine günstige Konstellation der Argumente finden lässt. Der Auslöser für eine neue Bewegung der Praxis ist meist die Krise, ein virulent gewordener Widerspruch, der Unruhe erzeugt und der neu ausgehandelt werden muss. Wenn die Praxis anfängt, die Auflösung ihrer Widersprüche zu versuchen und sich dabei in ihnen verheddert, beginnt meist erst ein Leerlauf. Ein solcher Leerlauf prägte die letzten Jahre.<sup>115</sup>

Wenn Widersprüche von den Rändern in die Mitte der Argumentation rücken, muss sich die Praxis einen neuen, konkreten Umgang mit diesen speziellen Widersprüchen überlegen. Welche Argumente dann noch Legitimität für sich beanspruchen und nachhaltige Lösungen anbieten können, ist dann die entscheidende Frage. Denn aus diesen Argumenten muss sich die Argumentation immer wieder neu und verändert ihren Argumentationszusammenhang zusammensetzen. Der inhärente Widerspruch ist im Versuch seiner Auflösung damit aber immer wieder auch eine Chance, die Möglichkeiten des Anders-Sein-Könnens besser auszuschöpfen.

Im ersten Teil wird die Sprachspielmethode entwickelt. Diese Methode soll es einer epistemologisch postpositivistischen Politikwissenschaft erlauben, über die prozessontologisch verstandene politische Praxis zu sprechen und von ihr verstanden zu werden. Die epistemologische Basis und die Methode sind postpositivistisch, ihre Themen, ihre Fragen sind konventionell. Die Antworten orientieren sich an Legitimität und Nachhaltigkeit.<sup>116</sup>

Mit dem aristotelischen Begriff der Praxis rückt das Aushandeln, das sowohl eigene Ziele, wie das Einlassen auf die Ziele des anderen kennt, in die Mitte des Politikverständnisses. Die Offenheit dieser Aushandlungsprozesse wie deren Abhängigkeit von einem bereits gewachsenen, historischen Legitimitäts- und Argumentationszusammenhang bestimmten die epistemologische Haltung der aristotelischen Politikwissenschaft.

Die Konzeption der Lebensform als Sprache bei Wittgenstein, in deren Zentrum der offene Rhythmus der Regel steht, betont die Sprachlichkeit des Handelns der Praxis und verbessert den epistemologischen Zugang. Dabei steht der Begriff des Sprachspiels im Mittelpunkt, der Wittgenstein

115 Ivan Krastev, *Europadämmerung: Ein Essay* (Berlin: Suhrkamp, 2017).

116 Ohne methodische Absicherung, aber mit einer ähnlichen Zielrichtung: Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2016).

Wege eröffnet, sich vergleichend der Sprache zu nähern. Wittgenstein verwendet den Sprachspielbegriff in dreifacher Hinsicht: Er vergleicht die Sprache als Ganzes mit einem Sprachspiel und bestimmt damit seine epistemologische Position. Er spricht von abgegrenzten und nach bestimmten Regeln funktionierenden Einheiten als Sprachspiel: das funktionale Sprachspiel. Zentral ist das einfache Sprachspiel, das er konzipiert, um an simplen Beispielen Fragestellungen und Probleme zu illustrieren und zu klären.

Die Sprachspielkonzeption Wittgensteins wird dann zur politikwissenschaftlichen Sprachspielmethode ausgebaut. In deren Mittelpunkt steht die Rezeption der dreifachen Gebrauchsweise des Sprachspiels bei Wittgenstein in Verbindung mit topischem Denken für die Operationalisierung in der Sprachspielerzählung, die in topischen Sprachspielen (den politikwissenschaftlich angepassten einfachen Sprachspielen Wittgensteins) und funktionalen Sprachspielen erzählt wird.

Um diese Gegenwart des Aushandelns der europäischen Praxis im Jahr 2023 zu verstehen und Möglichkeiten einer nachhaltigen und legitimen Fortsetzung dieser Praxis in der Zukunft auszuloten, wird in den Kapiteln des zweiten Teils der europäische Argumentationszusammenhang als Sprachspielerzählung vorgetragen. Der argumentative Plot der europäischen Erzählung lautet: Damit Europa in Frieden und Wohlstand leben kann, muss es integriert (regiert) werden. Die Erzählung beginnt mit topischen Sprachspielen des integrierten Regierens. Für dieses Aushandeln innerhalb eines sich ausdehnenden und vertiefenden Rahmens steht das Argument des integrierten Regierens, das die europäische Praxis aus ihrer Heterogenität heraus entwickelt hat. Dabei geht es um die Einbindung des Konflikts in verrechtlichte und institutionalisierte Bahnen. Im Zentrum steht die Konsensfindung, die immer nur aus Effizienzgründen von Mehrheits- und Gerichtsentscheidungen vertreten wird. Die Protagonisten der Heterogenität übernehmen die Repräsentation des Konflikts. Wer den Konflikt repräsentiert und dessen Konsens dann alle einbindet, kann die europäische Praxis führen, wie dies lange Zeit dem deutsch-französischen Motor gelang.

Das Argument des Friedens bleibt die erste Begründung, warum Europa integriert werden muss. Aus der Argumentation der Aussöhnung und nach dem Scheitern der gemeinsamen Verteidigung entwickelt sich das Friedensargument als *de-securitization* in eine Sicherheitsgemeinschaft hinein, die bestrebt ist, ihre *Pax Europea* durch Ausdehnung zu stabilisieren. Die europäische Praxis war sowohl in ihren Anfängen im Nachkriegseuropa wie in



der Phase nach dem Ost-West-Konflikt erfolgreich. Als sie in den Nachfolgekriegen Jugoslawiens ihre normative Macht nicht ausspielen konnte, war sie bereit, Projektion von Stabilität auch militärisch abzusichern, was nur sehr begrenzt gelang. Stattdessen verwies die Negativbilanz der Nachbarschaftspolitik und der russische Aggressionskrieg gegenüber der Ukraine auf die Arbeitsteilung zwischen EU und Nato. Stabilisierung gelingt der EU nur im Rahmen glaubwürdiger Erweiterungsperspektiven. Der Nato und ihrer Führungsnation USA obliegt die Verteidigung des Westens.

Das Wohlstandsargument und seine Ausdifferenzierung in den Argumentationslinien zwischen Markt und Modernisierung hat die meisten der ausdifferenzierten und fragmentierten Argumentationszusammenhänge der europäischen Praxis geschaffen. Im Zentrum der Wohlstandsdynamik stand der Markt, der vor allem über die negative Integration der Deregulierung erreicht wurde. Doch die europäische Praxis setzte immer auch auf eine politische und solidarische Modernisierung politischer Steuerung, die Verluste durch die Marktbildung abfedern und alle für die Marktkräfte ertüchtigen sollte. Diese Balance funktionierte im funktionalen Sprachspiel der Strukturpolitik auf der Basis des Topos vom solidarischen Zusammenhalt. Dies gelang bei der Währungsunion nicht mehr. Der Topos der Konvergenz reduzierte die solidarische Modernisierung auf die Vorphase und sah keinen Ausgleich innerhalb der Währungsunion vor. Dieses Arrangement erwies sich in der Eurokrise nicht als nachhaltig und musste mühsam neu justiert werden. Erst die Corona- und Klimakrise ermöglichten einen Einstieg in eine solidarische Modernisierung über eine gemeinsame Verschuldung, allerdings mit ungewissen Ausgang.

Die topischen Sprachspiele des Europaarguments zeigen, dass sich Europa als heterogene Konfliktgemeinschaft nicht über eine homogene Identität abgrenzen wird. Als *europäische* Praxis verlangt ihr Argumentationszusammenhang ihr Offenhalten für alle Europäer. Die geopolitischen Sprachspiele von de Gaulles bis von der Leyen haben deswegen Schwierigkeiten, sich gegen die offene Dynamik der topischen Sprachspiele von Winston Churchill, Altiero Spinelli und Robert Schuman durchzusetzen. Das Sprachspiel von Kopenhagen fand die Formel für die Erweiterung durch Vertiefung. Auf dieser Basis gelang eine nachhaltige Fortsetzung der europäischen Praxis nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Doch erfolgreiche Geopolitik wie Geoökonomie gelangen der europäischen Praxis in einem rauerem Fahrwasser nicht allein. Das Europaargument bleibt angewiesen auf seine Einbettung in den größeren Argumentationszusammenhang des Westens unter der Führung der USA.

Die Sprachspielerzählung von Erweiterung und Vertiefung könnte einen Anfang zu verschiedenen Erzählungen aus verschiedenen Blickwinkeln darstellen und so einen Beitrag zu einer Sprachspieltopik leisten, die nach und nach immer mehr Perspektiven auf legitime und nachhaltige Argumente des europäischen Argumentationszusammenhangs bereithält. Im Sinne von Harald Müllers Topik des Verhandeln in den Internationalen Beziehungen<sup>117</sup> wäre dies eine auf die Europawissenschaft begrenzte Agenda.

### § 5: Kurze Bemerkung zur zweiten Auflage

Sich nach bald zwei Jahrzehnten noch einmal an die Dissertationsschrift zu setzen, um sie für eine zweite Auflage zu überarbeiten, liegt nicht unbedingt nahe. Es steckt der Gedanke dahinter, dass das grundlegende Argument von den Zeitläufen nicht überholt, sondern eher bestätigt wurde. Ein bloßes Fortschreiben wäre jedoch zu wenig gewesen. Herausgekommen ist der Versuch, nicht alles anders, aber einiges besser zu machen. Die Literatur wurde nicht generell aktualisiert, sondern nur insoweit ergänzt als es für die Argumentation zwingend schien. Es wurde auch nicht herausgearbeitet, welche Entwicklungen vorausgesehen wurden und welche nicht. Es ging allein darum, den Ansatz noch einmal verbessert und aktualisiert darzustellen.

Dem Verlag und den damaligen und heutigen Reihenherausgeberinnen und dem -herausgeber möchte ich herzlich für die Möglichkeit danken, dies zu tun. Mein Dank gilt weiter der Universität Passau und der DFG für die Finanzierung der Open-Access Publikation. Die Danksagungen aus dem Vorwort der ersten Ausgabe, besonders an den Doktorvater, gelten weiter. Hinzufügen möchte ich einen Dank an Stefan Seidendorf für seine Rezension zur ersten Auflage.<sup>118</sup>

---

117 Harald Müller, „Internationale Verhandlungen, Argumente und Verständigungshandeln. Verteidigung, Befunde, Warnungen“, in *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik* hrsg. von Peter Niesen und Benjamin Herborth (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007): 199–223.

118 Stefan Seidendorf, „Regieren durch Argumentieren. Rezension“ *Politische Vierteljahresschrift*, 1 (2006): 123–26.